

seinem Verhalten während der zweiten Hälfte des Krieges China gegen Japan und nach dem Abschluß des Friedens davongetragen hat, etwas früher oder etwas später vermerken wird, um seine Position in Hinsicht auf die Wahrheit zu verstärken. Ein schaudernder Glücksfall war es für Russland, daß England durch seine schwandene Haltung während des japanisch-chinesischen Krieges die Sympathien des Siegers wie des Schießen sich entzettelten. Die Folge ist, daß die japanischen Politiker für den Fall der Kriege auf eine unbedingte Unterstützung durch England nicht mehr rechnen. Das Deutschland aus der schönen Augen Englands müssen diesen die Gaskanen in Hinterhofen aus dem Hause holen sollte, ist selbstverständlich ausgeschlossen. Deutschland wird aus künftig weder russische, noch englische, sondern nur deutsche Politik treiben; aber es liegt auf der Hand, daß es keine Interessen nicht im Geiste, sondern sowohl als möglich in Freundschaft mit Russland schließen wird, denen politische Ziele mit denen des deutschen Reichs in keiner Weise collidieren.

Deutsches Reich.

in Leipzig, 21. April. Der Centralvorstand der nationalliberalen Partei gehörte am Sonnabend die Entscheidung über den Ort des diesjährigen Parteitages zu treffen, die Ewigkeit ist aber auf Dienstag vertagt worden. Zur Wahl stehen Berlin, Bonn, Goslar und Nürnberg.

* Chemnitz, 20. April. Die hiesigen Sozialdemokraten haben in der Versammlung, die sie gegen Nachmittag im Saale des Schützenhauses abhielten, beschlossen, die Durchführung der von der Landeskongress geplanten Sozialkasse einzutreten. Das Verhalten der Leipziger Sozialdemokraten nach der Landeskongress wurde empfohlen.

* Berlin, 20. April. Der „Reichsangeiger“ hat, wie ihm berichtet, am Sonnabend zu der Meldung, daß das Kriegsministerium Beleihungen oder Befehle erlassen habe, durch welche den Militärcapellen in Polen verboten werde, bestimmte Melodien zu spielen oder auch ihre Concert-Programme gleichzeitig in deutscher und in polnischer Sprache aufzuführen zu lassen, folgende Erklärung veröffentlicht: „Dem gegenüber sind wir in der Lage, festzustellen, daß das Kriegsministerium irgend welche in der angekündigten Richtung für benachteiligte Beleihungen oder Befehle nicht erlassen hat, da hierzu nur die Kommandobefehle zuständig sind.“ Es ist nicht ersichtlich, wäre aber zu erfahren sehr interessant, ob die Kriegsminister durch diese Erklärung der Offenheitlichkeit zu verleben geben will, daß er die Berechtigung für das durchaus korrekte Verhalten der Posener Militärcapellen ablegt und er nicht billigt. Die Fassung läßt darauf schließen.

* Berlin, 20. April. Die „Post“ schreibt: Wenn in den sozialdemokratischen Verlangen, den ersten Mai zur Feier zu erklären, deutlich das Bedürfen zu Tage tritt, die Gemeinschaft des Willens oder richtiger der Diktat der Sozialdemokratie zu unterwerfen, so trifft derselbe Grundgedanke auch in der in den Berliner wirtschaftlichen Kämpfen wiederholt oder vielmehr überwiegend hervorgerufenen Fortsetzung auf, daß die Arbeitgeber hier zu einem ausdrücklich von Arbeitern geleisteten Arbeitsschutz bezeugen. Diese Fortsetzung bedient nicht Interessen, als daß die Arbeitgeber in der Folge gehalten sein sollen, nur solche Arbeitnehmer einzustellen, welche ihnen von den, von der organisierten Arbeiterschaft geleisteten Arbeitsschutzen zugewiesen werden. Es ist ferner klar, daß ihr obstand nur über wenigstens in erster Linie nur solche Arbeitnehmer werden würden, welche derjenigen Arbeiterschaft angehören, die den Arbeitsschutz leistet. Dies bedient für Arbeitnehmer den Verlust des Haushalts aus den eigenen Geschäften, für die Arbeitern den Verlust der betreffenden Organisation beizutreten. Beide Momente zusammen bedeuten die Alleinherrschaft der organisierten Arbeiterschaft, zur Zeit also der Sozialdemokratie über den betreffenden Produktionsweg. Es ist gut, daß, wie bei der Wäsche, auch aus dem Gebiete des Arbeitsmarktes die Tendenzen unserer Sozialdemokratie vornehmlich zu Tage treten. Das Bild dieser, welche gern die Augen vor der sozialdemokratischen Gefahr so lange schließen, als es ihnen nicht unmittelbar an den Krägen geht, ist sehr groß; die Politiker müßten erst durch die bandgrüßen Deutschen von dem, was von Seiten unserer Sozialrevolutionäre möglich geplant wird, aufmerksam werden, bevor die seltene Wollang zur Abwehr sozialdemokratischer Bestrebungen sich bilden kann. Aber noch eines trifft dabei davor: Die richtige Organisation des Arbeitsschutzes ist gerade in unserer Zeit von ganz bevorrangender Bedeutung; von ihr hängt es wesentlich mit ab, wie weit die Arbeitgeber vor der Sozialdemokratie bewahrt werden kann oder nicht. Es ist daher zu wünschen, daß im angloamerikanischen Maße als bisher von den Kommunalverbänden die Errichtung von Arbeitsschutzen in die Hand genommen werde.

Heimweg antreten wollte, rief ihn an dessen Rossfuß und er machte sich mit einem vieldeutigen Wink des Kniekehls gegen Madame begnügen, als er aus dem Bogenarten der kleinen Villa verließ, bis zu deren Ausgangstür Thea ihren Bruder geleitete. Sie verabschiedete sich von dem Jungen mit einer liebenswürdigkeit, welche Mademoiselle übertraf.

Es kam aber überhaupt für Mademoiselle jetzt eine Zeit der Überraschungen. Am Tage nach jenem Besuch des alten Herrn und gerade, als Thea eben fortgegangen war, wie wenn er genau den Zeitpunkt abgesehen hätte, erschien plötzlich der blonde Don Enrico in der Villa. Er saß noch auf dem Stuhl aus als sonst und war sichtlich in großer Aufregung. Der Schwieger verließ auf seiner Stühle, seine Augen rollten unruhig umher und seine Hände arbeitete heftig als er den Claire stand. Sie erschrak bestens. „Wo ist das Kind?“ rief er auf Französisch mit seiner leisen, merkwürdig traurigen langlosen Stimme heraus. Und dabei sah er sie an, als würde er sie töten — dachte Claire —, wenn sie es nicht ausführte. Es mochte wahrhaftig den Ernstes, als möchte er es entführen. Claire hatte von derartigen abenteuerlichen Dingen manchmal in Romanen gelesen, und ein Kommando war Don Enrico in ihrem Auge zu längst, keinerlei seit den Eröffnungen, die der lärmende Joli ihr geschenkt hatte. Angstlos sah sie sich gefränt durch, daß er nur nach dem Kinde fragte und ihr ganz deutlich damit zu verstehen gab, daß er um ihre Hilfe nicht gekommen sei. Es fiel denn auch ziemlich lärmisch — trotz aller ihrer Angst — als sie ihm entgegnete: „Was wollen Sie vom kleinen Kind, mein Herr?“

„Nur es leben“, flang es zurück. „Lassen Sie es mich leben — schnell, schnell!“

Diesmal war ein weicher, lieblicher Ton in seinen Worten, der etwas Rührendes für sie hatte. Und nun drückte sie ihm das Kind, das im Zimmer mit seinen Füppen bedürftig gewesen war, auf die Kämpe hinaus, wo er stand und wartete. Sie sah auch ganz gut, wie seine Augen aufleuchteten, als das Kind kam, und ein Bittern seines ganzen Herzens durchfuhr. Er stieß sie hin, seine Arme nach dem Kinde auf. Und merkwürdig: Vors, die sah so schön und gepflegt war, als sie Don Enrico sah, nahm seine Hand, ließ sie wieder und wieder von ihm lösen und war ganz zutraulich. Mademoiselle kam aus ihrem Erstaunen gar nicht heraus. Und aus Angst die Arme auch noch an, bis zu unterhalten, sah auf Don Enrico's Gesicht.

* Berlin, 20. April. Die „Welt, Allg. Blg.“ schreibt: „Im Innern ist die Nachricht verbreitet worden, die vor 28 Jahren seitens der industriellen Gesellschaft zu Willebauen i. E. ins Leben gerufene Gesellschaft zur Verbesserung von Fabrikarbeiten wäre regierungsgünstig geschlossen worden. Diese Nachricht hat Betrende wahrgenommen. Weil gerade in Deutschland die Reichsregierung auf dem Wege der sozialen Versicherungspolitik vorgezogen ist, die Unfallversicherung und damit gleichzeitig Unfallverhütung gelegentlich geregelt hatte, konnte man in anderen Ländern nicht verstehen, auf welchem Grunde eine private Gesellschaft geschlossen wurde, da dieselben Ziele, und zwar mit außerordentlichen Erfolg, verfolgte und die gewissermaßen ein Vorläufer der reichsrechtlichen Unfallversicherung waren. In jedem Betrachten war gerechtfertigt, denn in Wirklichkeit in die Wilmanser Gesellschaft zur Verbesserung von Betriebsarbeiten nicht in Folge einer Regierungsmöglichkeit, wohl aber durch ihren eigenen Entschluß geschlossen worden und war, weil ihr das Feld ihrer Tätigkeit gerade in Folge der einschläglichen Reichsregierung entzogen worden war.“

Der Reichsanziger ist an einem heftigen Schimpfen und an leichter Halsentblödung erkrankt, aber nicht bettlägerig. Er kann die launigen Geschäfte im Hause erleben.

* Die Vorstände der vereinigten Innungsverbände befanden kluglich die nach der Verfestigung der Organisationsvorlage einzuhaltende Handwerker-Konferenz. Man legte die Gesamtzahl der Theilnehmer auf 54 fest, wobei der Berliner Centralausschuß ebenso wie der Münchner Vorstand je 27 Vertreter stellen.

* Die Tabakarbeiter Berlin sind heute wegen Nichtbilligung ihrer Fortforderungen vom 29. März in den allgemeinen Ausstand eingetreten, an dem hauptsächlich Handarbeiter beteiligt sind. Die Gewerkschaften haben sich nur in geringer Anzahl auf dem Auslandsbureau gemeldet.

* Am Ausstand der Maurer wollen sich spätestens bis zum 1. Mai bei Wiederholung der nunmehrigen Arbeitszeit aus die Steinträger, Rohrspanner, Kalkträger und Berufsgesellen beteiligen. Auf 95 Maurer sollen die Fortforderungen der Maurer bezüglich ihres Gehalts und Lohnes eingehalten werden. Auf etwa 200 Maurer soll die Arbeit schon eingestellt sein.

* Dem antisemitischen Reichstagabgeordneten Köhler, Vertreter für Witten, ist die Postagentur Langendorf übertragen worden. Von der Entscheidung des Reichstags, ob darin die Annahme eines beobachteten Reichsabsatzes im Sinne des § 21 der Reichsverfassung zu erkennen ist oder nicht, wird es abhängen, ob der Abgeordnete Köhler sein Mandat wiederzulegen hat oder in dessen Stelle verbleibt.

* Der dem Gewerkenverein in Konzern zugehörige Gewerkschafts-Vorstand ist, der Kreuzig, „zufolge, auf der Meinung von Weißfeldt am 2. April in das Palais gekommen.“

* Die Österreichisch-ungarische Posthalter v. Szegeden-Marić gedenkt Kaiser nächster Woche Berlin auf einige Zeit zu verlassen.

* Zum Nachfolger des Postdirektors Dr. Feuermüller als Militärdirektor des Kaiser- und des K. K. Kriegs-Gepegs soll nach der „K. u. K.“ die evangelische Postdirektorin der 10. Station, Wölfling in Wien, und für die Seite des Generalpostamtes von Berlin der Diplomatenpostleiter des 2. K. u. K. Postamtes vorausgewählt sein.

* Königsberg, 19. April. Als Nachfolger des verstorbenen Chefredakteurs Ferdinand Riedels in der Leitung der „Königlichen Zeitung“ ist ernannt Herr Emil Walter, gegenwärtig Chefredakteur der „Breslauer Zeitung“, berufen worden. Nachfolger Walter's in der Leitung der „Breslauer Zeitung“ dürfte Dr. Schulte werden, zur Zeit Redakteur des „Niederschlesischen Angeigers“ in Görlitz.

* Breslau, 19. April. Der „Sonne“ macht bekannt, daß man in seiner Geschäftsstelle Formulare zur Anfertigung von Anträgen um Sizilien zum polnischen Sprachunterricht erwerben könne. Der „Sonne“ bemerkt dazu: Dies genügt nicht. Es gibt Eltern, die nicht einmal ihren Namen unterschriften können und die nicht weiß, was Befolgen solcher Formulare zu beaufsichtigen. Ein Klüger darauf stellt sich die Redaktion des „Sonnes“ in den Nachmittagsstunden zu diesem Zweck zur Verfügung.

* Breslau, 20. April. Aus Friedrichshafen ist, wie der „Sch. Blg.“ mitgetheilt wird, gestern die Nachricht der „Gesetzlosen Zeitung“ ist ankommt. Herr Emil Wölfling, gegenwärtig Chefredakteur der „Breslauer Zeitung“, berufen worden. Nachfolger Wölflings in der Leitung der „Breslauer Zeitung“ dürfte Dr. Schulte werden, zur Zeit Redakteur des „Niederschlesischen Angeigers“ in Görlitz.

* Breslau, 20. April. Aus Friedrichshafen ist, wie der „Sch. Blg.“ mitgetheilt wird, gestern die Nachricht der „Gesetzlosen Zeitung“ ist ankommt. Herr Emil Wölfling, gegenwärtig Chefredakteur der 10. Station, Wölfling in Wien, und für die Seite des Generalpostamtes von Berlin der Diplomatenpostleiter des 2. K. u. K. Postamtes vorausgewählt sein.

* Breslau, 19. April. In der gestern aus Altona des Dörfel'schen Stadtschultheißen stattgehabten Versammlung der habilitierten Breslauer und der Fliegengruppe wurde die Gründung eines Vereins zur Werte unberechtigter Kreise beschlossen. (R. Wett. Blg.)

* Berlin, 20. April. Der Centralvorstand der nationalliberalen Partei gehörte am Sonnabend die Entscheidung über den Ort des diesjährigen Parteitages zu treffen, die Ewigkeit ist aber auf Dienstag vertagt worden. Zur Wahl stehen Berlin, Bonn, Goslar und Nürnberg.

* Chemnitz, 20. April. Die hiesigen Sozialdemokraten haben in der Versammlung, die sie gegen Nachmittag im Saale des Schützenhauses abhielten, beschlossen, die Durchführung der von der Landeskongress geplanten Sozialkasse einzutreten. Das Verhalten der Leipziger Sozialdemokraten nach der Landeskongress wurde empfohlen.

* Berlin, 20. April. Der „Reichsangeiger“ hat, wie ihm berichtet, am Sonnabend zu der Meldung, daß das Kriegsministerium Beleihungen oder Befehle erlassen habe, durch welche den Militärcapellen in Polen verboten werde, bestimmte Melodien zu spielen oder auch ihre Concert-Programme gleichzeitig in deutscher und in polnischer Sprache aufzuführen zu lassen, folgende Erklärung veröffentlicht: „Dem gegenüber sind wir in der Lage, festzustellen, daß das Kriegsministerium irgend welche in der angekündigten Richtung für benachteiligte Beleihungen oder Befehle nicht erlassen hat, da hierzu nur die Kommandobefehle zuständig sind.“ Es ist nicht ersichtlich, wäre aber zu erfahren sehr interessant, ob die Kriegsminister durch diese Erklärung der Offenheitlichkeit zu verleben geben will, daß er die Berechtigung für das durchaus korrekte Verhalten der Posener Militärcapellen ablegt und er nicht billigt. Die Fassung läßt darauf schließen.

* Berlin, 20. April. Die „Post“ schreibt: Wenn in den sozialdemokratischen Verlangen, den ersten Mai zur Feier zu erklären, deutlich das Bedürfen zu Tage tritt, die Gemeinschaft des Willens oder richtiger der Diktat der Sozialdemokratie zu unterwerfen, so trifft derselbe Grundgedanke auch in der in den Berliner wirtschaftlichen Kämpfen wiederholt oder vielmehr überwiegend hervorgerufenen Fortsetzung auf, daß die Arbeitgeber hier zu einem ausdrücklich von Arbeitern geleisteten Arbeitsschutz bezeugen. Diese Fortsetzung bedient nicht Interessen, als daß die Arbeitgeber in der Folge gehalten sein sollen, nur solche Arbeitnehmer einzustellen, welche ihnen von den, von der organisierten Arbeiterschaft geleisteten Arbeitsschutzen zugewiesen werden. Es ist ferner klar, daß ihr obstand nur über wenigstens in erster Linie nur solche Arbeitnehmer werden würden, welche derjenigen Arbeiterschaft angehören, die den Arbeitsschutz leistet. Dies bedient für Arbeitnehmer den Verlust des Haushalts aus den eigenen Geschäften, für die Arbeitern den Verlust der betreffenden Organisation beizutreten. Beide Momente zusammen bedeuten die Alleinherrschaft der organisierten Arbeiterschaft, zur Zeit also der Sozialdemokratie über den betreffenden Produktionsweg. Es ist gut, daß, wie bei der Wäsche, auch aus dem Gebiete des Arbeitsmarktes die Tendenzen unserer Sozialdemokratie vornehmlich zu Tage treten. Das Bild dieser, welche gern die Augen vor der sozialdemokratischen Gefahr so lange schließen, als es ihnen nicht unmittelbar an den Krägen geht, ist sehr groß; die Politiker müßten erst durch die bandgrüßen Deutschen von dem, was von Seiten unserer Sozialrevolutionäre möglich geplant wird, aufmerksam werden, bevor die seltene Wollang zur Abwehr sozialdemokratischer Bestrebungen sich bilden kann. Aber noch eines trifft dabei davor: Die richtige Organisation des Arbeitsschutzes ist gerade in unserer Zeit von ganz bevorrangender Bedeutung; von ihr hängt es wesentlich mit ab, wie weit die Arbeitgeber vor der Sozialdemokratie bewahrt werden kann oder nicht. Es ist daher zu wünschen, daß im angloamerikanischen Maße als bisher von den Kommunalverbänden die Errichtung von Arbeitsschutzen in die Hand genommen werde.

* Berlin, 20. April. Der „Reichsangeiger“ hat, wie ihm berichtet, am Sonnabend zu der Meldung, daß das Kriegsministerium Beleihungen oder Befehle erlassen habe, durch welche den Militärcapellen in Polen verboten werde, bestimmte Melodien zu spielen oder auch ihre Concert-Programme gleichzeitig in deutscher und in polnischer Sprache aufzuführen zu lassen, folgende Erklärung veröffentlicht: „Dem gegenüber sind wir in der Lage, festzustellen, daß das Kriegsministerium irgend welche in der angekündigten Richtung für benachteiligte Beleihungen oder Befehle nicht erlassen hat, da hierzu nur die Kommandobefehle zuständig sind.“ Es ist nicht ersichtlich, wäre aber zu erfahren sehr interessant, ob die Kriegsminister durch diese Erklärung der Offenheitlichkeit zu verleben geben will, daß er die Berechtigung für das durchaus korrekte Verhalten der Posener Militärcapellen ablegt und er nicht billigt. Die Fassung läßt darauf schließen.

* Berlin, 20. April. Die „Post“ schreibt: Wenn in den sozialdemokratischen Verlangen, den ersten Mai zur Feier zu erklären, deutlich das Bedürfen zu Tage tritt, die Gemeinschaft des Willens oder richtiger der Diktat der Sozialdemokratie zu unterwerfen, so trifft derselbe Grundgedanke auch in der in den Berliner wirtschaftlichen Kämpfen wiederholt oder vielmehr überwiegend hervorgerufenen Fortsetzung auf, daß die Arbeitgeber hier zu einem ausdrücklich von Arbeitern geleisteten Arbeitsschutz bezeugen. Diese Fortsetzung bedient nicht Interessen, als daß die Arbeitgeber in der Folge gehalten sein sollen, nur solche Arbeitnehmer einzustellen, welche ihnen von den, von der organisierten Arbeiterschaft geleisteten Arbeitsschutzen zugewiesen werden. Es ist ferner klar, daß ihr obstand nur über wenigstens in erster Linie nur solche Arbeitnehmer werden würden, welche derjenigen Arbeiterschaft angehören, die den Arbeitsschutz leistet. Dies bedient für Arbeitnehmer den Verlust des Haushalts aus den eigenen Geschäften, für die Arbeitern den Verlust der betreffenden Organisation beizutreten. Beide Momente zusammen bedeuten die Alleinherrschaft der organisierten Arbeiterschaft, zur Zeit also der Sozialdemokratie über den betreffenden Produktionsweg. Es ist gut, daß, wie bei der Wäsche, auch aus dem Gebiete des Arbeitsmarktes die Tendenzen unserer Sozialdemokratie vornehmlich zu Tage treten. Das Bild dieser, welche gern die Augen vor der sozialdemokratischen Gefahr so lange schließen, als es ihnen nicht unmittelbar an den Krägen geht, ist sehr groß; die Politiker müßten erst durch die bandgrüßen Deutschen von dem, was von Seiten unserer Sozialrevolutionäre möglich geplant wird, aufmerksam werden, bevor die seltene Wollang zur Abwehr sozialdemokratischer Bestrebungen sich bilden kann. Aber noch eines trifft dabei davor: Die richtige Organisation des Arbeitsschutzes ist gerade in unserer Zeit von ganz bevorrangender Bedeutung; von ihr hängt es wesentlich mit ab, wie weit die Arbeitgeber vor der Sozialdemokratie bewahrt werden kann oder nicht. Es ist daher zu wünschen, daß im angloamerikanischen Maße als bisher von den Kommunalverbänden die Errichtung von Arbeitsschutzen in die Hand genommen werde.

* Berlin, 20. April. Der Centralvorstand der nationalliberalen Partei gehörte am Sonnabend die Entscheidung über den Ort des diesjährigen Parteitages zu treffen, die Ewigkeit ist aber auf Dienstag vertagt worden. Zur Wahl stehen Berlin, Bonn, Goslar und Nürnberg.

* Chemnitz, 20. April. Die hiesigen Sozialdemokraten haben in der Versammlung, die sie gegen Nachmittag im Saale des Schützenhauses abhielten, beschlossen, die Durchführung der von der Landeskongress geplanten Sozialkasse einzutreten. Das Verhalten der Leipziger Sozialdemokraten nach der Landeskongress wurde empfohlen.

* Berlin, 20. April. Der „Reichsangeiger“ hat, wie ihm berichtet, am Sonnabend zu der Meldung, daß das Kriegsministerium Beleihungen oder Befehle erlassen habe, durch welche den Militärcapellen in Polen verboten werde, bestimmte Melodien zu spielen oder auch ihre Concert-Programme gleichzeitig in deutscher und in polnischer Sprache aufzuführen zu lassen, folgende Erklärung veröffentlicht: „Dem gegenüber sind wir in der Lage, festzustellen, daß das Kriegsministerium irgend welche in der angekündigten Richtung für benachteiligte Beleihungen oder Befehle nicht erlassen hat, da hierzu nur die Kommandobefehle zuständig sind.“ Es ist nicht ersichtlich, wäre aber zu erfahren sehr interessant, ob die Kriegsminister durch diese Erklärung der Offenheitlichkeit zu verleben geben will, daß er die Berechtigung für das durchaus korrekte Verhalten der Posener Militärcapellen ablegt und er nicht billigt. Die Fassung läßt darauf schließen.

* Berlin, 20. April. Die „Post“ schreibt: Wenn in den sozialdemokratischen Verlangen, den ersten Mai zur Feier zu erklären, deutlich das Bedürfen zu Tage tritt, die Gemeinschaft des Willens oder richtiger der Diktat der Sozialdemokratie zu unterwerfen, so trifft derselbe Grundgedanke auch in der in den Berliner wirtschaftlichen Kämpfen wiederholt oder vielmehr überwiegend hervorgerufenen Fortsetzung auf, daß die Arbeitgeber hier zu einem ausdrücklich von Arbeitern geleisteten Arbeitsschutz bezeugen. Diese Fortsetzung bedient nicht Interessen, als daß die Arbeitgeber in der Folge gehalten sein sollen, nur solche Arbeitnehmer einzustellen, welche ihnen von den, von der organisierten Arbeiterschaft geleisteten Arbeitsschutzen zugewiesen werden. Es ist ferner klar, daß ihr obstand nur über wenigstens in erster Linie nur solche Arbeitnehmer werden würden, welche derjenigen Arbeiterschaft angehören, die den Arbeitsschutz leistet. Dies bedient für Arbeitnehmer den Verlust des Haushalts aus den eigenen Geschäften, für die Arbeitern den Verlust der betreffenden Organisation beizutreten. Beide Momente zusammen bedeuten die Alleinherrschaft der organisierten Arbeiterschaft, zur Zeit also der Sozialdemokratie über den betreffenden Produktionsweg. Es ist gut, daß, wie bei der Wäsche, auch aus dem Gebiete des Arbeitsmarktes die Tendenzen unserer Sozialdemokratie vornehmlich zu Tage treten. Das Bild dieser, welche gern die Augen vor der sozialdemokratischen Gefahr so lange schließen, als es ihnen nicht unmittelbar an den Krägen geht, ist sehr groß; die Politiker müßten erst durch die bandgrüßen Deutschen von dem, was von Seiten unserer Sozialrevolutionäre möglich geplant wird, aufmerksam werden, bevor die seltene Wollang zur Abwehr sozialdemokratischer Bestrebungen sich bilden kann. Aber noch eines trifft dabei davor: Die richtige Organisation des Arbeitsschutzes ist gerade in unserer Zeit von ganz bevorrangender Bedeutung; von ihr hängt es wesentlich mit ab, wie weit die Arbeitgeber vor der Sozialdemokratie bewahrt werden kann oder nicht. Es ist daher zu wünschen, daß im angloamerikanischen Maße als bisher von den Kommunalverbänden die Errichtung von Arbeitsschutzen in die Hand genommen werde.

* Berlin, 20. April. Der Centralvorstand der nationalliberalen Partei gehörte am Sonnabend die Entscheidung über den Ort des diesjährigen Parteitages zu treffen, die Ewigkeit ist aber auf Dienstag vertagt worden. Zur Wahl stehen Berlin, Bonn, Goslar und Nürnberg.

* Chemnitz, 20. April. Die hiesigen Sozialdemokraten haben in der Versammlung, die sie gegen Nachmittag im Saale des Schützenhauses abhielten, beschlossen, die Durchführung der von der Landeskongress geplanten Sozialkasse einz